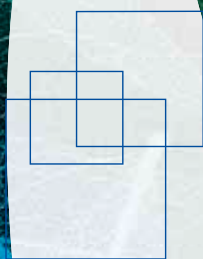




Internationales  
Arbeitsamt

Genf



# Arbeit in Zeiten des Klimawandels: **Die Grüne Initiative**

BERICHT DES GENRALDIREKTORS

INTERNATIONALE ARBEITSKONFERENZ

106. Tagung, 2017

**Bericht I**

**Internationale Arbeitskonferenz, 106. Tagung, 2017**

**Bericht des Generaldirektors**

**Bericht I**

# **Arbeit in Zeiten des Klimawandels: Die Grüne Initiative**

**Internationales Arbeitsamt, Genf**

ISBN 978-92-2-730551-8 (print)  
ISBN 978-92-2-730552-5 (web pdf)  
ISSN 0251-4095

---

*Erste Auflage 2017*

---

Die in Veröffentlichungen des IAA verwendeten, der Praxis der Vereinten Nationen entsprechenden Bezeichnungen sowie die Anordnung und Darstellung des Inhalts sind keinesfalls als eine Meinungsäußerung des Internationalen Arbeitsamtes hinsichtlich der Rechtsstellung irgendeines Landes, Gebietes oder Territoriums oder dessen Behörden oder hinsichtlich der Grenzen eines solchen Landes oder Gebietes aufzufassen.

Die Nennung von Firmen und gewerblichen Erzeugnissen und Verfahren bedeutet nicht, dass das Internationale Arbeitsamt sie billigt, und das Fehlen eines Hinweises auf eine bestimmte Firma oder ein bestimmtes Erzeugnis oder Verfahren ist nicht als Missbilligung aufzufassen.

Veröffentlichungen und digitale Produkte des IAA können bei größeren Buchhandlungen und über digitale Vertriebsplattformen bezogen oder direkt bei [ilo@turpin-distribution.com](mailto:ilo@turpin-distribution.com) bestellt werden. Für weitere Informationen besuchen Sie unsere Website: [www.ilo.org/publns](http://www.ilo.org/publns) oder kontaktieren Sie [ilopubs@ilo.org](mailto:ilopubs@ilo.org).

---

## Vorwort

---

In meinem Bericht an die 102. Tagung (2013) der Internationalen Arbeitskonferenz schlug ich eine „Grüne Jahrhundertinitiative“ der IAO mit dem Ziel vor, beim Übergang zu einem kohlenstoffarmen, nachhaltigen Entwicklungspfad die Dimension der menschenwürdigen Arbeit praktisch umzusetzen. Dabei schrieb ich: „Die Prävention und Abschwächung des Klimawandels werden mehr als jeder andere Einzelfaktor die künftigen Verantwortlichkeiten und Tätigkeiten der IAO von denjenigen in der Vergangenheit unterscheiden.“

Seitdem haben die Ereignisse diesen möglicherweise recht seltsam anmutenden Vorschlag anscheinend bestätigt: Mit dem Übereinkommen von Paris über Klimaänderungen und der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (UN), die jeweils 2015 verabschiedet wurden, sind diese Fragen in den Mittelpunkt der internationalen Agenda gerückt. Die aktuelle Konferenztagung wird daher ersucht, ein Programm und einen Haushalt anzunehmen, die den gerechten Übergang zu ökologischer Nachhaltigkeit zu einem übergreifenden Thema in allen Tätigkeitsbereichen der IAO machen. Trotz der komplexen Gegebenheiten und Herausforderungen, die in diesem Zusammenhang bestehen, wird die umfassende Ausrichtung der Agenda für menschenwürdige Arbeit am Kampf gegen den Klimawandel auch von den dreigliedrigen Mitgliedsgruppen der IAO geschlossen unterstützt.

Diese Entwicklungen sind ermutigend. Sie bezeugen die Fähigkeit der IAO, selbst dann neue Herausforderungen anzugehen, wenn es so viele andere, bekanntere gibt, die ihre Aufmerksamkeit und Ressourcen dringend beanspruchen. Sie sind ein Beleg dafür, dass die Mitgliedsgruppen das Mandat der IAO für soziale Gerechtigkeit als Auftrag verstehen, der die von der Welt der Arbeit beeinflussten menschlichen Erfahrungen in ihrer ganzen Bandbreite umfasst. Zudem bestätigen sie zwei Jahre vor der Jahrhundertkonferenz der IAO, dass die Organisation bereit ist, die Welt der Arbeit nach unseren Vorstellungen zu gestalten, indem sie einen umfassenden und proaktiven Ansatz verfolgt statt eine selektive und reaktive Haltung einzunehmen, die kaum zu guten Ergebnissen führen würde.

Dieser Bericht soll zu einer ausgewogenen Einschätzung darüber beitragen, was der Kampf gegen den Klimawandel – Prävention, Abschwächung und Anpassung – für die Welt der Arbeit bedeutet, welche Herausforderungen und Chancen damit verbunden sind und welchen Beitrag die IAO zu einem gerechten Übergang zu ökologischer Nachhaltigkeit leisten kann, der sowohl bessere Möglichkeiten menschenwürdiger Arbeit für alle bieten als auch den Schutz unseres Planeten voranbringen wird.

Die IAO steht an der Schwelle zum zweiten Jahrhundert ihres Bestehens, aber auch an der Schwelle zu einer neuen Ära, in der sie Verantwortung übernehmen muss. Die Hinweise der Vertreter von Regierungen sowie Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen zu meinem Bericht im einzigartigen Rahmen dieses „Weltparlaments der Arbeit“ werden sich als wertvoll erweisen, wenn wir unsere Organisation auf einen Kurs bringen, mit dem sie die drängendsten Fragen unserer Zeit angehen und zugleich ihrem unveränderten Mandat für soziale Gerechtigkeit treu bleiben und diesbezüglich Relevanz wahren kann.

Guy Ryder

# Inhaltsverzeichnis

---

|                                                                            | <i>Seite</i> |
|----------------------------------------------------------------------------|--------------|
| Vorwort.....                                                               | iii          |
| Kapitel 1. Das Mandat der IAO: Menschenwürdige Arbeit und Klimawandel..... | 1            |
| Kapitel 2. Herausforderungen und Chancen .....                             | 7            |
| Kapitel 3. Die Reaktion der IAO: Die Grüne Jahrhundertinitiative .....     | 13           |
| Kapitel 4. Der künftige Kurs .....                                         | 19           |

# Kapitel 1

---

## Das Mandat der IAO: Menschenwürdige Arbeit und Klimawandel

1. In der IAO-Verfassung von 1919 und in der Erklärung von Philadelphia von 1944 ist weder von ökologischer Nachhaltigkeit noch von Klimawandel die Rede. Aufgrund der immer rasanteren Entwicklungen, die seit mehr als zwei Jahrzehnten verzeichnet werden, sind die IAO-Mitgliedsgruppen in aller Welt jedoch zu der festen Überzeugung gelangt, dass die Organisation ihr Mandat für soziale Gerechtigkeit nur dann wirksam erfüllen kann, wenn sie ökologische Nachhaltigkeit in die Agenda für menschenwürdige Arbeit integriert.
2. Institutionell wurde diese Neuausrichtung sehr schnell vollzogen. In der Geschichte der IAO findet sich kaum ein vergleichbarer Fall, in dem eine Frage dieser Größenordnung, die bislang eher am Rande behandelt wurde, so schnell ins Zentrum ihrer Tätigkeit gerückt ist. Welche Erklärung gibt es dafür?
3. Man braucht nur die täglich gelebten Erfahrungen mit der Realität des Klimawandels und die sich häufenden wissenschaftlichen Belege für den Klimawandel sowie die verheerenden Folgen zu betrachten, die eintreten können, wenn einschneidende Präventions-, Abschwächungs- und Anpassungsmaßnahmen ausbleiben.
4. Bereits jetzt wird das Leben vieler Millionen Menschen schwer beeinträchtigt durch extreme Wetterereignisse, die sich verändernde Kapazität ihrer natürlichen Umgebung für eine anhaltende produktive Tätigkeit und die steigende Umweltbelastung. Nach einem Bericht der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) von 2016 werden jährlich 22,5 Millionen Menschen infolge von Überschwemmungen, Hungersnot und anderen Umweltfaktoren vertrieben, und Prognosen zufolge könnten der steigende Meeresspiegel, schwerere Überflutungen und stärkere Dürren die Zahl der dauerhaft Vertriebenen bis Mitte des Jahrhunderts auf 200 Millionen ansteigen lassen.
5. Die wissenschaftliche Debatte über Ursachen, Umfang und Folgen des Klimawandels ist langwierig und nach wie vor nicht frei von Kontroversen. Es besteht Einvernehmen darüber, dass das Klima der Erde schon immer natürlichen Schwankungen unterworfen war; entscheidend ist die Frage, wie und in welchem Umfang sich die menschliche Tätigkeit auf den Klimawandel auswirkt. Die Zwischenstaatliche Sachverständigengruppe über Klimaänderungen (Weltklimarat, IPCC), die 1988 gemeinsam von dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) eingesetzt wurde, hat den Auftrag, „international koordinierte wissenschaftliche Bewertungen der Größenordnung, des zeitlichen Rahmens und der möglichen Umweltfolgen und sozioökonomischen Auswirkungen von Klimaveränderungen sowie realistische Handlungsstrategien [zu] erarbeiten“, und gilt in der internationalen Gemeinschaft als das maßgebliche Expertengremium. Der Weltklimarat hat unwiderlegbar nachgewiesen, dass der vom Menschen verursachte Klimawandel weit fortgeschritten ist, und vor den Folgen gewarnt, die entstehen, wenn es nicht gelingt, den weltweiten Temperaturanstieg auf

höchstens 2 Grad Celsius über dem vorindustriellen Wert zu begrenzen. Sein Argument: Diese Entwicklung könnte eine Bedrohung für die Menschheit darstellen und zu unumkehrbaren Umweltschäden führen.

6. Es ist klar, dass diese Kombination aus erlebten Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen einen grundlegenden Wandel in der öffentlichen Meinung und im politischen Diskurs bewirkt hat. Die Umweltbewegung ist zu einem Grundpfeiler der Zivilgesellschaft geworden; grüne Parteien gestalten mittlerweile das politische Leben vieler Länder prägend mit, und Parteien aller Schattierungen haben Umweltbelange in ihre Programme aufgenommen. Wie aber hat sich die Welt der Arbeit entwickelt?

7. Diese Frage ist offensichtlich besonderes relevant für die IAO, jedoch von weiter reichender Bedeutung. Wenn nämlich der Klimawandel eine Folge der menschlichen Tätigkeit ist, dann findet diese Tätigkeit größtenteils in der Arbeitswelt oder im Zusammenhang damit statt. Nicht zufällig wird der Klimawandel häufig am vorindustriellen Niveau gemessen. Wenn also Arbeit die vorrangige Ursache des Klimawandels ist, dann muss sie zwangsläufig im Zentrum der entsprechenden Präventions-, Abschwächungs- und Anpassungsstrategien stehen.

8. In seinem Bericht an die 57. Tagung (1972) der Internationalen Arbeitskonferenz – d. h. bereits vor 45 Jahren – führte der damalige Generaldirektor, Wilfred Jenks, den dreigliedrigen Mitgliedsgruppen der IAO diese Fragen klar vor Augen. In seinem Bericht *Technik im Dienste der Freiheit: Der Mensch und seine Umwelt* sprach er von einer „globalen ökologischen Krise“, die parallel zu einer globalen Krise der „Gesellschaftsstruktur“, der „persönlichen Freiheit, der „menschlichen Werte“ und des „Vertrauens zwischen und innerhalb von Nationen“ existiere. Konkret lautete sein Fazit:

Deshalb müssen wir anhaltendes Wachstum und fortgesetzte Innovation mit einer umfassenden Umweltpolitik verbinden. Wir benötigen ein neues Konzept und ein neues Kriterium für Wirtschaftswachstum. Dafür müssen wir möglicherweise neue Wege beschreiten, in der Wirtschafts- und Sozialpolitik genauso wie in der Wissenschafts- und Technologiepolitik. Umweltaspekte müssen eine wesentliche Dimension des Wachstums darstellen.

9. Sicher war es kein Zufall, dass die Internationale Arbeitskonferenz den Bericht von Jenks zu genau dem Zeitpunkt erörterte, an dem die wegweisende Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen in Stockholm stattfand. Nennenswerte Auswirkungen auf die Tätigkeit der IAO selbst lassen sich jedoch trotz des dramatischen und dringenden Handlungsappells an die dreigliedrigen Mitgliedsgruppen der Organisation kaum nachweisen; die Gelegenheit zu einem frühzeitigen institutionellen Beginn wurde versäumt. Im Zuge der Fortschritte, die die internationale Gemeinschaft im Laufe der Jahrzehnte erzielte, vom Erdgipfel von 1992 über die Weltgipfel Rio+10 und Rio+20 bis zum Übereinkommen von Paris über Klimaänderungen von 2015 und sein Inkrafttreten im November 2016, waren die Arbeitswelt und ihre dreigliedrigen Akteure zwar zunehmend herausgefordert und zugleich eingebunden, doch fällt auf, wie schwierig es für sie war, ihre immer deutlicher zutage tretenden Verantwortlichkeiten – und Chancen – wahrzunehmen. Auf der 96. Tagung (2007) der Internationalen Arbeitskonferenz stellte IAO-Generaldirektor Juan Somavia seinen Bericht *Menschenwürdige Arbeit für nachhaltige Entwicklung* mit folgenden Worten vor:

15 Jahre nach dem Gipfel von Rio hinken wir hinter den Vorgaben her. Das internationale System, die IAO eingeschlossen, hat noch keine starken Synergien zwischen sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit geschaffen. Infolgedessen sind wir im Hinblick auf Politikkonvergenz und praktische Ergebnisse nur wenig vorangekommen.

10. Wie lässt sich dieser langsame Beginn erklären, und was bedeutet das für die Zukunft? Ganz offensichtlich stand die Arbeitswelt von Anfang an vor dem grundsätzlichen

Dilemma, dass ökologische Nachhaltigkeit und der Kampf gegen den Klimawandel nur auf Kosten von Wachstum, Entwicklung, Arbeitsplätzen und materiellem Wohlstand möglich sind.

11. Diese Debatte wurde bis vor relativ kurzer Zeit unter Bedingungen geführt, die ungeachtet der Intentionen der Protagonisten praktischen Fortschritten im Wege standen. Die direkte Konfrontation zwischen einander entgegengesetzten Positionen – dass Klimaschutzmaßnahmen einerseits Arbeitsplätze vernichten und die Entwicklung untergraben und andererseits künftig eine Vielzahl menschenwürdiger Beschäftigungsverhältnisse garantieren – wurde weder der Komplexität der Probleme noch der tatsächlichen Ungleichverteilung von Kosten und Nutzen zwischen voraussichtlichen Gewinnern und Verlieren gerecht.

12. Der Bericht *Green Jobs: Towards Decent Work in a Sustainable, Low-Carbon World*, der 2008 gemeinsam von der IAO, dem UNEP, dem Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) und der Internationalen Arbeitgeber-Organisation (IOE) veröffentlicht wurde, kann rückblickend zu Recht als bahnbrechend angesehen werden. Es handelte sich dabei um die erste umfassende Untersuchung der Auswirkungen von Klimawandel und Klimaschutz auf die Welt der Arbeit. In dem Bericht wurde auf die bereits erkennbaren negativen Folgen des Klimawandels für Arbeitnehmer aufmerksam gemacht, insbesondere für diejenigen, die ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft und im Tourismus erwirtschafteten, und erstmals die Entstehung grüner Arbeitsplätze in einigen Sektoren und Volkswirtschaften auf globaler Ebene nachgewiesen. Zudem wurde hervorgehoben, dass grüne Produkte und Dienstleistungen erheblich zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen könnten, und unterstrichen, wie wichtig es sei, bestehende Arbeitsplätze umweltfreundlich zu gestalten und diejenigen zu unterstützen, deren Existenzgrundlagen von der Umstellung auf eine kohlenstoffarme globale Wirtschaft betroffen wären.

13. Die Erkenntnis, dass Klimaschutzmaßnahmen außerordentlich umfangreiche und bedeutsame Auswirkungen auf Beschäftigung und Entwicklung haben, hat den entscheidenden politischen Durchbruch, der mit dem Übereinkommen von Paris erzielt wurde, wohl nicht nur begünstigt, sondern war auch eine Konsequenz daraus. In dem Übereinkommen wird die Notwendigkeit anerkannt, die Folgen des Umsteuerns auf eine nachhaltige kohlenstoffarme oder kohlenstofffreie Zukunft für die Arbeitswelt zu berücksichtigen, indem „der zwingenden Notwendigkeit eines gerechten Strukturwandels für die arbeitende Bevölkerung und der Schaffung menschenwürdiger Arbeit und hochwertiger Arbeitsplätze im Einklang mit den national festgelegten Entwicklungsprioritäten“ Rechnung getragen wird.

14. Die in Paris eingegangenen Verpflichtungen erfordern daher eine genauere Betrachtung der quantitativen und qualitativen Beschäftigungsdimension des gerechten Übergangs zu Nachhaltigkeit. Schematisch gesehen sind vier quantitative Beschäftigungseffekte zu erwarten.

15. Erstens – und dies ist am positivsten zu werten – wird sich eine Politik zur Förderung umweltfreundlicherer Produkte, Dienstleistungen und Infrastrukturen unmittelbar in einer höheren Nachfrage nach Arbeitskräften in einer Vielzahl von Sektoren und Tätigkeitsbereichen niederschlagen und im Zuge technologischer Innovationen vollkommen neuartige, an Nachhaltigkeitsaspekten orientierte Arbeitsplätze entstehen lassen.

16. In ihrem Bericht *Renewable Energy and Jobs – Annual Review 2016* meldete die Internationale Agentur für Erneuerbare Energien einen Anstieg der Zahl der Beschäftigten im Sektor erneuerbare Energien auf 8,1 Millionen: ein Zuwachs von 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Bemerkenswert ist, dass diese Beschäftigungsdynamik nicht allein auf die Industrieländer konzentriert ist; ein erheblicher Anteil der neuen Arbeitsplätze entfiel auf

Schwellenländer, darunter China und Indien. Zudem hat das Wachstum des Angebots an erneuerbaren Energieträgern bislang eher für mehr Beschäftigung im Energiesektor gesorgt als vorhandene Arbeitsplätze im Bereich der fossilen Brennstoffe ersetzt oder verdrängt, ein Beleg dafür, wie hoch der ungedeckte Energiebedarf in vielen Teilen der Welt derzeit ist.

17. Ein Substitutionseffekt dürfte jedoch dann entstehen, wenn der Übergang zu nachhaltigen Energieträgern künftig rascher vorangetrieben wird. Dieser zweite quantitative Beschäftigungseffekt kommt durch die Ersetzung bestehender Arbeitsplätze in kohlenstoffreichen durch neue Arbeitsplätze in kohlenstoffarmen Sektoren und die Umstellung von umweltschädlichen auf umweltfreundlichere Technologien zustande. Weitere Beispiele sind die Verlagerung des Transports von der Straße auf die Schiene, der Übergang von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor zur Produktion von Elektrofahrzeugen und von Deponieren zu Recycling und Sanierung.

18. Drittens werden zwangsläufig einige Arbeitsplätze wegfallen – sie werden entweder allmählich komplett abgeschafft oder aber massiv abgebaut und nicht direkt ersetzt. Dieser Fall kann bei umweltschädlichen oder energie- und materialintensiven Wirtschaftstätigkeiten eintreten, aber auch bei der Zerstörung von Produktionssystemen und Infrastruktur durch Ansteigen des Meeresspiegels, Küstenerosion, Desertifizierung, Überschwemmungen oder Naturkatastrophen. Als der Taifun Haiyan im November 2013 die Philippinen heimsuchte, entstanden wirtschaftliche Verluste in Höhe von über 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die mehr als 5,9 Millionen Beschäftigte betrafen. Von diesen gingen etwa 2,6 Millionen bereits einer unsicheren Beschäftigung nach und lebten an oder knapp über der Armutsgrenze.

19. Viertens wird im Zuge des ökologischen Umbaus der Wirtschaft eine Vielzahl und möglicherweise gar die Mehrzahl der bestehenden Arbeitsplätze einfach Anpassungen erfahren. Davon betroffen sein werden tägliche Arbeitsabläufe, Qualifikationen, Produktdesign und Arbeitsplatzprofile. Automobilhersteller werden kraftstoffeffizientere (oder Elektro-) Fahrzeuge bauen. Landwirte werden klimaresistentere Anbaumethoden einsetzen. Bauunternehmen werden energieeffizientere Methoden anwenden. Diese Entwicklung liefert überzeugende Argumente dafür, dass der Dualismus zwischen dem Abbau nicht nachhaltiger, „schmutziger“ Arbeitsplätze und der Schaffung nachhaltiger, „sauberer“ Arbeitsplätze durch ein Prozessdenken im Sinne einer Ökologisierung von Wirtschaft und Produktion abgelöst werden muss.

20. Darüber hinaus ist es erforderlich, die qualitative Beschäftigungsdimension des gerechten Übergangs aus der Überlegung heraus anzugehen, dass ein „grüner“ Arbeitsplatz nicht von vornherein ein „menschenwürdiger“ Arbeitsplatz ist und dass diese Entwicklung nicht von allein, sondern planmäßig geschieht. In Anbetracht dessen, dass das Übereinkommen von Paris die Frage des gerechten Übergangs ausdrücklich im Sinne der Schaffung menschenwürdiger Arbeit und hochwertiger Arbeitsplätze zur Sprache bringt, sind die Regierungen umso stärker in die Pflicht genommen, in Zusammenarbeit mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden sicherzustellen, dass beim Streben nach einer nachhaltigen Entwicklung ihre soziale und wirtschaftliche ebenso wie ihre ökologische Dimension berücksichtigt wird.

21. In dieser Hinsicht ist der Vollzug eines gerechten Übergangs möglich, ohne die vier etablierten strategischen Komponenten der Agenda für menschenwürdige Arbeit – Beschäftigung, Prinzipien und Rechte bei der Arbeit, Sozialschutz und sozialer Dialog – neu zu definieren oder die wichtigsten Arbeitsmethoden der IAO – Dreigliedrigkeit, Normen und technische Zusammenarbeit – zu ergänzen. Jede dieser Komponenten muss

jedoch an den Erfordernissen des gerechten Übergangs ausgerichtet und der vordringlichen Aufgabe seiner Förderung gewidmet sein.

22. Dass der gerechte Übergang vor allem der Schaffung von Chancen auf menschenwürdige Arbeit für alle dienen muss, ist einer der Gründe, warum sich die damit verbundenen Herausforderungen nicht auf eine einfache mathematische Berechnung der geschaffenen und der verlorenen Arbeitsplätze reduzieren lassen. Wie bei jedem anderen Prozess des Strukturwandels in der Welt der Arbeit spielen weitere Faktoren eine Rolle, die seine Komplexität steigern.

23. Zu diesen erschwerenden Faktoren zählt insbesondere die zeitliche und räumliche Lücke, die auftreten wird. Neue Arbeitsplätze entstehen nicht zwangsläufig an dem Ort oder zu dem Zeitpunkt, an dem andere verloren gehen. Prognosen, die auf der Annahme einer vollkommenen Arbeitsmarktdynamik und einer reibungslosen Umverteilung von Arbeitskräften, Finanzmitteln und Ressourcen beruhen, dürften zu optimistisch ausfallen. Die Realität des Alltags ist in der Regel komplizierter. Betrachten wir etwa die Lage innerhalb einer einzelnen nationalen Volkswirtschaft, den Vereinigten Staaten: Eine oberflächliche Betrachtung der aggregierten Zahlen könnte zu der Schlussfolgerung verleiten, dass die Arbeitsplatzverluste der letzten Jahre im Kohlebergbau leicht ausgeglichen werden konnten und sogar neue Arbeitsplätze in der Solar- und Windenergie entstehen ließen. Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus, denn die Wachstumsbranchen sind von den im Niedergang befindlichen Sektoren geografisch weit entfernt, und die betroffenen Arbeitnehmer haben möglicherweise weder die Qualifikationen noch die Mittel, neue Chancen an neuen Standorten zu nutzen.

24. Die Regierungen müssen diese Diskrepanzen gemeinsam mit ihren Sozialpartnern überwinden, indem sie eine Transformationspolitik formulieren und umsetzen, die Arbeitnehmer bei der Inanspruchnahme neuer Arbeitsplatzangebote unterstützt und zugleich das Ausmaß der Arbeitsplatzverlagerung minimiert. Dies erfordert nicht nur einen erheblichen Planungsaufwand, sondern auch die Investition von Ressourcen. Deutlich größer sind die Schwierigkeiten, wenn die entsprechenden Fragen nicht aus nationaler, sondern internationaler Perspektive betrachtet werden.

25. Das globale Ausmaß der vom Klimawandel ausgehenden Herausforderungen liegt klar auf der Hand. Ebenso eindeutig ist die Notwendigkeit einer einvernehmlichen Vorgehens auf globaler Ebene, ein Aspekt, der das Übereinkommen von Paris historisch so bedeutsam macht. Allerdings sind weder die Ursachen des Klimawandels noch die Kapazitäten für Gegenmaßnahmen gleichmäßig in der globalen Wirtschaft verteilt. Die Wahrnehmung, dass einige Länder ihren Reichtum Industrialisierungsprozessen verdanken, die heute als nicht nachhaltig gelten, wirft Probleme auf, und diese Probleme standen auch im langwierigen Verhandlungsprozess im Vordergrund, der in das Übereinkommen von Paris mündete.

26. Der Grundsatz der „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und der jeweiligen Fähigkeiten“ angesichts des Klimawandels und andere damit zusammenhängende Prinzipien wurden außerhalb der IAO ausgehandelt und gehen an sich über ihr Mandat und ihren Aufgabenbereich hinaus. Dennoch bilden sie den Handlungsrahmen für die IAO. In diesem Kontext ist die Finanzierung der Maßnahmen zur Prävention und Abschwächung des Klimawandels und der Anpassung daran von unmittelbarer Relevanz für den Vollzug eines gerechten Übergangs der Welt der Arbeit zu ökologischer Nachhaltigkeit. Die im Übereinkommen von Paris eingegangene Verpflichtung, die Finanzmittel auf 100 Milliarden US-Dollar jährlich anzuheben, ist ein unverzichtbares Element des Kampfes gegen den Klimawandel, und jede Finanzierungslücke wäre ein zusätzliches Hindernis für einen erfolgreichen und gerechten Übergang.

27. All diesen Überlegungen liegt das oberste Gebot zugrunde, dass die Bekämpfung des Klimawandels einen integralen Bestandteil des Kampfes für globale soziale Gerechtigkeit bildet, zu dem die Agenda für menschenwürdige Arbeit wesentlich beiträgt.

28. Ausgangspunkt ist, dass die Verpflichtung zu entschlossenem Vorgehen gegen den Klimawandel an sich einen Rückschlag für die soziale Gerechtigkeit darstellt. Gerade die ärmsten und verletzlichsten Menschen in der Welt der Arbeit, darunter auch in ländlichen und informellen Tätigkeiten, sind nämlich seine ersten Opfer und werden am meisten unter fortgesetztem Nichthandeln leiden. Sie sind am wehrlosesten gegenüber seinen Folgen und am wenigsten verantwortlich dafür, dass er sich überhaupt ereignet. In diesem Sinne muss das Konzept der nachhaltigen Entwicklung auf der unumstößlichen Prämisse beruhen, dass Maßnahmen, die den Klimawandel stoppen sollen, kein Land benachteiligen oder an der Verwirklichung seiner legitimen Wachstums- und Entwicklungsziele hindern. Vielmehr sollte sichergestellt werden, dass gerechte Übergangsprozesse aktiv zum Abbau der hohen und weiter wachsenden Ungerechtigkeit und Ungleichheit innerhalb von und zwischen nationalen Volkswirtschaften beitragen. Nicht vergessen werden darf, dass der Widerstand gegenüber Veränderung, gleichviel aus welchem Beweggrund, wahrscheinlich am größten unter denjenigen sein wird, die am wenigsten daran teilhaben und davon profitieren können und denen möglicherweise nichts anderes übrig bleibt, als in ihrer nicht nachhaltigen Tätigkeit zu verharren.

29. Der Begriff der „gestrandeten Vermögenswerte“ ist mittlerweile aus der Klimaschutzdebatte nicht mehr wegzudenken. Zu einer Zeit, da die internationale Gemeinschaft beschlossen hat, dass bei der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung „niemand auf der Strecke bleibt“, darf die Welle des gerechten Übergangs jedoch weder „gestrandete“ Arbeitnehmer noch „gestrandete“ Unternehmen oder Gemeinschaften zurücklassen.

## Kapitel 2

---

### Herausforderungen und Chancen

30. Die mit dem Klimawandel verbundene kollektive Herausforderung, der sich die internationale Gemeinschaft mit der Verabschiedung des Übereinkommens von Paris im Dezember 2015 formal stellte, besteht darin, den Anstieg der durchschnittlichen Erdtemperatur in diesem Jahrhundert deutlich unter 2 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau zu halten und Anstrengungen zu unternehmen, diesen Anstieg sogar auf unter 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Zugleich zielt das Übereinkommen ab, die Fähigkeit der Länder zur Anpassung an die nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels zu erhöhen und die Widerstandsfähigkeit gegenüber Klimaänderungen sowie eine hinsichtlich der Treibhausgase emissionsarme Entwicklung zu fördern. Darüber hinaus sollen die Finanzmittelflüsse in Einklang mit einer gegenüber Klimaänderungen widerstandsfähigen Entwicklung gebracht werden. Individuell sind die Länder gefordert, ihre national festgelegten Beiträge (NDCs) zur Verwirklichung der Ziele des Übereinkommens zu übermitteln. Jeder Beitrag sollte ihre größtmögliche Ambition ausdrücken und eine Steigerung im Zeitverlauf darstellen.

31. Gerade einmal zwei Monate vor diesen historischen Zusagen auf der Pariser Konferenz nahm die UN-Generalversammlung einstimmig die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung an. Sie hat zum Ziel, die Armut zu beseitigen und „die nachhaltige Entwicklung in ihren drei Dimensionen – der wirtschaftlichen, der sozialen und der ökologischen – in ausgewogener und integrierter Weise herbeizuführen.“

32. Der Beitrag der IAO zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung wurde im Bericht des Generaldirektors an die Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz im vergangenen Jahr thematisiert. Für die Zwecke des vorliegenden Berichts genügt der Hinweis, dass die Agenda 17 miteinander verknüpfte Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) umfasst. Bei SDG 13 geht es direkt um umgehende Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen, während mehrere andere SDGs unmittelbar mit weiteren Kernaspekten der ökologischen Dimension der nachhaltigen Entwicklung zusammenhängen: Wasserbewirtschaftung, nachhaltige Energie für alle, Nutzung der Ozeane und Meeresressourcen, Nutzung von Landökosystemen. Parallel dazu beziehen sich einige andere SDGs unmittelbar auf die wirtschaftliche und soziale Dimension der Arbeitswelt, insbesondere SDG 8, das inklusives Wachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle betrifft, aber auch die Ziele in den Bereichen Industrialisierung, Infrastruktur und Innovation, Landwirtschaft und Nahrungsmittelsicherheit sowie Arbeitsmigration.

33. Tatsächlich sind die 17 SDGs so miteinander verflochten, dass jedes der Ziele Elemente der drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung aufweist und somit den integrierten und ausgewogenen Charakter der Agenda eindrucksvoll widerspiegelt. Demzufolge – und dies ist für die IAO entscheidend – bekundet die internationale Gemeinschaft in der Agenda 2030 ihre ausdrückliche Ablehnung der Idee, dass zwangsläufig ein innerer

Widerspruch oder ein Spannungsverhältnis zwischen Entwicklungsprozessen, die an anhaltendem Wachstum und menschenwürdiger Arbeit orientiert sind, und ökologischer Nachhaltigkeit besteht. Derselbe Effekt lässt sich auch im Übereinkommen von Paris beobachten, in dem nachdrücklich auf die zwingende Notwendigkeit eines gerechten Strukturwandels hingewiesen wird.

34. Es hat lange gedauert, doch wäre zu erwarten, dass die Ausrichtung der Agenda für menschenwürdige Arbeit am Kampf gegen den Klimawandel, die in den wichtigsten multinationalen Vereinbarungen der vergangenen Jahre so deutlichen Rückhalt gefunden hat, die Welt der Arbeit von tief verwurzelten Zwängen befreit und neue Perspektiven eröffnet. Naturgemäß sind solche Vereinbarungen allerdings feierliche Absichtserklärungen. Ihre Ziele erfüllen sich nicht von allein, sondern müssen aktiv und zielstrebig verfolgt werden, wenn sie erreicht werden sollen.

35. Erfreulicherweise gibt es vielfache Belege dafür, dass der Übergang zu einer inklusiven grünen Wirtschaft durchaus für neue Wachstumsimpulse sorgen und die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze in Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländern vorantreiben kann. Es gilt also sicherzustellen, dass der Kampf gegen den Klimawandel tatsächlich eine Dividende in Form von potenzieller menschenwürdiger Arbeit abwirft. Dies geschieht nicht automatisch; ein planloser oder unzureichend geplanter Übergang kann abrupt verlaufen, destabilisierend und somit schädlich wirken und sogar traumatische Folgen haben. Es müssen Bemühungen unternommen werden, den Übergang wirklich gerecht zu gestalten.

36. Forschungserkenntnissen zufolge kann der Nettoeffekt von Klimaschutzmaßnahmen auf die Beschäftigung positiv sein. Eine von der IAO selbst durchgeführte Überprüfung ergab, dass nennenswerte Beschäftigungszuwächse erzielt wurden oder möglich sind: Durch Nettozuwächse vom 0,5 bis 2 Prozent bis 2030 können weltweit 15 bis 60 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Zudem besteht ein hohes Potenzial für die Schaffung von Arbeitsplätzen, insbesondere in der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft, dem Energiesektor, der Abfallverwertung, dem Baugewerbe und dem Transportwesen.

37. Einige Studien deuten zudem darauf hin, dass eine ehrgeizigere Klimapolitik wesentlich höhere Beschäftigungszuwächse erbringen würde. In der Europäischen Union waren in den Unternehmen der „Öko-Industrie“ 2013 über 4,2 Millionen Menschen und damit deutlich mehr als im Automobilbau, in der Textilbranche oder in der chemischen Industrie beschäftigt. In demselben Jahr erwirtschafteten Unternehmen im Sektor Umweltprodukte und -dienstleistungen einen Umsatz von mehr als 700 Milliarden Euro. Die Europäische Union ist der Ansicht, dass die „grüne“ Beschäftigung wächst und dass durch eine wirksamere Integration von Umwelt- und Klimabelangen in die Energie- und Ausbildungspolitik noch mehr Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Laut einer in den Vereinigten Staaten durchgeführten Studie können jährliche Investitionen in erneuerbare Energie und Energieeffizienz in Höhe von 200 Milliarden US-Dollar für 4,2 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze sorgen – und nach Berücksichtigung des Stellenabbaus im Bereich der fossilen Brennstoffe für einen Nettozuwachs von 2,7 Millionen Arbeitsplätzen.

38. Der Übergang zu einer klimaresistenten Volkswirtschaft und Gesellschaft wird enorme Anreize und Chancen für die technologische Entwicklung und Innovation bieten. Mit einem inkrementellen oder linearen Wirtschaftsansatz ist es keinesfalls möglich, die Energie-, Wasser- und Nahrungsmittelversorgung, die Unterkunft und die Mobilität der für 2050 erwarteten 9 Milliarden Bewohner der Erde zu sichern und den Bedarf der voraussichtlich 3 Milliarden zusätzlichen Konsumenten aus der Mittelschicht zu decken. Erschwerend kommt hinzu, dass die Mobilität der Arbeitskräfte innerhalb von und zwischen nationalen Grenzen steigt. Tief greifende Transformationen der Produktions- wie

Konsumsysteme erscheinen notwendig und unumgänglich, und sie werden erhebliche Folgen für die Beschäftigung haben.

39. Eine genauere Betrachtung einiger branchenspezifischer Besonderheiten dieser Transformationen veranschaulicht die Vielfalt der jeweiligen Gegebenheiten und der Chancen, die sich je nach der Kombination aus technologischer Innovation, Verbraucherpräferenzen und geltenden regulatorischen Rahmenbedingungen bieten oder bieten können.

40. Im Verkehrssektor etwa wird die Art der sich abzeichnenden Verkehrsverlagerungen, beispielsweise von autozentrierten Systemen in Privatbesitz auf den öffentlichen Nahverkehr in Ballungsräumen und den überregionalen Schienenverkehr, gravierende Auswirkungen auf die Anzahl und Struktur der Arbeitsplätze haben. Im Vergleich zur früheren Zahl von Personenkraftwagen werden weniger Eisenbahn-, Stadtbahn- und U-Bahn-Fahrzeuge benötigt und damit Arbeitsplätze in der Fahrzeugherstellung und -wartung und im Kraftstoffvertrieb verloren gehen. Für den Betrieb und die Instandhaltung des öffentlichen Nahverkehrs wird jedoch eine erhebliche Zahl von Arbeitskräften benötigt. Noch sind uns die beschäftigungsbezogenen Auswirkungen und Optionen eines solchen Strukturwandels im Verkehrswesen – oder auch seine voraussichtlichen Folgewirkungen auf die Erwerbstätigkeit in vielen anderen Sektoren – nicht ganz klar. Doch die Zahlen sprechen für sich: Bereits 2009 schätzte der Internationale Verband für öffentliches Verkehrswesen die Anzahl der direkt und indirekt im öffentlichen Nahverkehr Beschäftigten auf weltweit 12,6 Millionen.

41. Die Dynamik der Entwicklungen im Baugewerbe lässt sich aus der jüngsten globalen Umfrage unter Bauunternehmen ablesen, die Gegenstand der Studie *World Green Building Trends 2016* ist. Laut der Studie wollten 63 Prozent dieser Unternehmen im Zeitraum 2013-15 neue kommerzielle Gebäude nach ökologischen Standards bauen lassen. 45 Prozent hatten entsprechende Pläne für ihre institutionellen Projekte und 50 Prozent für Sanierungsarbeiten.

42. Die Landwirtschaft ist ein Sektor, der einem großen Teil der globalen Erwerbsbevölkerung eine Existenzgrundlage bietet, weit verbreitete und gravierende Defizite in Bezug auf menschenwürdige Arbeit aufweist und für die Auswirkungen des Klimawandels besonders anfällig ist. Nach Schätzungen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) könnten durch eine Umstellung auf eine nachhaltigere Landwirtschaft bis 2050 über 200 Millionen zusätzliche Vollzeit-Stellen entstehen, ein Zuwachs, der durch arbeitsintensivere Anbauverfahren, die Bewirtschaftung und Erhaltung von Ökosystemen, Forschung und Entwicklung sowie die Ausbildung der ländlichen Bevölkerung im Einsatz umweltverträglicher Technologien zustande käme. Auch die expandierende ökologische Erzeugung hat ihr Potenzial für mehr Arbeitsplätze und höhere Einkommen bewiesen. Laut einer Erhebung der Internationalen Vereinigung der ökologischen Landbaubewegungen (IFOAM) aus dem Jahr 2014 gibt es weltweit 2,3 Millionen Bio-Produzenten – davon drei Viertel in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Während Indien über die meisten ökologischen Erzeuger verfügt, hat Uganda, der größte Bio-Produzent in Afrika, vorgeführt, wie Beschäftigungswachstum und Ausweitung der Exportaktivitäten mit günstigeren Ab-Hof-Preisen einhergehen können, gelten in der ökologischen Erzeugung doch deutlich höhere Preise als bei konventionell erzeugten Produkten.

43. Überdies hat die Landwirtschaft oberste Priorität bei der Anpassung an den Klimawandel, denn in vielen Fällen sind die Auswirkungen für den Sektor und seine Beschäftigten bereits spürbar und zwingen sie zur Entwicklung entsprechender Bewältigungsstrategien. Zudem kann die Alternative zu einer erfolgreichen Anpassung aufgrund der Anfäl-

lichkeit der betroffenen Bevölkerungsgruppen in akuter Nahrungsmittelunsicherheit, Zwangsmigration und sozialer Instabilität bestehen. Die Herausforderungen sind gewaltig, und daher ist der Bedarf an neuen Formen des Wasser- und Bodenschutzes und der Bewässerung, neuen Anbaumethoden und der Bewirtschaftung des nationalen Kapitalvermögens, das die Grundlage der Landwirtschaft bildet, umso dringlicher.

44. In vielen Teilen der Welt herrscht bereits gravierender Wassermangel, und 1,4 Milliarden Arbeitsplätze – d. h. 42 Prozent der weltweiten Erwerbsbevölkerung – hängen stark von Wasser ab. Angesichts der zu erwartenden steigenden Temperaturen, geringeren Niederschlagsmengen und größeren Häufigkeit von Dürren stellt Wasserknappheit daher in vielen Regionen eine zunehmende Gefährdung für Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen dar. Im Weltwasserbericht der UN 2016 „Wasser und Arbeitsplätze“, der unter Federführung der IAO erstellt wurde, wird die Notwendigkeit eines integrierten Konzepts für die Wasserbewirtschaftung und die Wiederherstellung und Sanierung der Ökosysteme, die Errichtung, den Betrieb und den Unterhalt der Wasserinfrastruktur sowie die Erbringung von Wasserdienstleistungen, einschließlich Wasser- und Sanitärversorgung und Abwasserentsorgung, unterstrichen.

45. Auch der Tourismussektor ist häufig in besonderem Maße den Auswirkungen des Klimawandels ausgesetzt. Hier werden verschiedenste Anpassungsstrategien verfolgt, die je nach Länderkontext von wirbelsturmsicherer Bauweise über Frühwarnsysteme bis zu Produkt- und Marktdiversifizierung reichen und zum gesunden Wachstum des nichttraditionellen und „kleinen“ Tourismus als Alternative zum Massentourismus beigetragen haben. Dies spiegelt sich in der Zunahme von Öko-, Agro-, Abenteuer-, Kultur- sowie Gesundheits- und Wellness-Tourismus nieder, wo gute Aussichten auf neue Quellen der Arbeitsplatzschaffung bestehen.

46. Ungeachtet der Herausforderungen und Chancen in Bezug auf menschenwürdige Arbeit, die bei Klimaschutzmaßnahmen auftreten, lassen sich die – wirtschaftlichen und sozialen sowie ökologischen – Kosten der Untätigkeit umfassend belegen. Bei einem Szenario ohne jegliche Klimaschutzmaßnahmen („Business as usual“) würde die Entwicklung völlig anders als in der Vergangenheit verlaufen.

47. Vor über einem Jahrzehnt wurde der Klimawandel im richtungsweisenden Stern-Report *The Economics of Climate Change*, der im Auftrag der britischen Regierung erstellt wurde, als „größtes und umfassendsten Marktversagen aller Zeiten“ bezeichnet und folgende Warnung abgegeben: „Die Beweise zeigen, dass das wirtschaftliche Wachstum irgendwann Schaden leiden wird, wenn man den Klimawandel ignoriert. Durch unser Verhalten jetzt und über die nächsten Jahrzehnte könnte das wirtschaftliche und soziale Leben am Ende dieses Jahrhunderts und im nächsten Jahrhundert ebenso schwerwiegend beeinträchtigt werden wie während der Weltkriege und der Wirtschaftskrise in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Und es wird schwierig, wenn nicht gar unmöglich sein, diese Änderungen rückgängig zu machen.“

48. Diese düsteren Aussichten werden von anderen Studien bestätigt. So ist entsprechend dem Modell der IAO für globale wirtschaftliche Verflechtungen (Global Economic Linkages) bei einem „Business-as-usual“-Szenario bis 2030 ein Rückgang der Produktivität um 2,4 Prozent, bis 2050 um 7,2 Prozent zu erwarten. Nach Schätzungen des Weltklimarats könnte die Wirtschaftsleistung in den am stärksten betroffenen Sektoren um über 20 Prozent sinken, was bis 2030 globale ökonomische Kosten in Höhe von mehr als 2 Billionen US-Dollar verursachen würde. Über diesen katastrophalen makroökonomischen Ausblick hinaus ist eine qualitative Verschlechterung der Lebensbedingungen des Menschen zu erwarten, die durch die aggregierten Werte allein nicht erfasst werden kann. Ein klarer Beleg dafür ist die in jüngster Zeit beobachtete Zunahme gefährlicher und mitunter

tödlicher Überfahrten junger Menschen über das Mittelmeer aus Ländern, die von Klimawandel und Konflikten betroffen sind und Defizite an menschenwürdiger Arbeit aufweisen, welche durch extreme Wetterereignisse und zunehmende Ungleichheit in und zwischen den Nationen noch verschärft werden.

49. Die internationale Gemeinschaft hat diese Perspektive entschieden zugunsten der Zukunft zurückgewiesen, die sie sich vorstellt – eine Zukunft, die von wirtschaftlicher, sozialer und ökologisch nachhaltiger Entwicklung geprägt ist. Auch das ist allerdings mit Kosten verbunden. Aus Daten der Weltbank geht hervor, dass die Entwicklungsländer, die ihre NDCs vorgelegt haben, nach eigenen Angaben mehr als 270 Milliarden US-Dollar für die Umsetzung benötigen, für die sie auf internationale Unterstützung angewiesen sind. Derartige Investitionen in die Zukunft sind jedoch nicht nur eine positive, sondern auch eine notwendige Entscheidung. Damit bieten sich der Welt der Arbeit überaus vielversprechende Chancen, die in deutlichem Gegensatz zur erzwungenen Hinnahme der Kosten und des Niedergangs als zwangsläufiger Folge von Untätigkeit stehen. Da inklusive Ansätze gefordert sind, die eher für Akzeptanz als Ablehnung der Maßnahmen gegen Klimawandel sorgen sollten, wird in manchen Kreisen bereits über die Einrichtung von Fonds für einen gerechten Übergang nachgedacht. Daraus könnten Mittel zur Verbesserung der Situation der Menschen bereitgestellt werden, die mit negativen Auswirkungen rechnen müssen. Nicht alle werden gleichermaßen in der Lage sein, solche Fonds einzurichten. Daher sollte umfassend erkundet werden, inwieweit der Grüne Klimafonds und andere Finanzinstrumente im Bereich des Klimaschutzes zur Förderung eines gerechten Übergangs herangezogen werden können. Mit seinen Herausforderungen und Chancen stellt der gerechte Übergang neue und erhebliche Ansprüche an die IAO, auf die sie derzeit reagiert und auch weiter reagieren muss.

## Kapitel 3

---

### Die Reaktion der IAO: Die Grüne Jahrhundertinitiative

50. Als ich die Grüne Jahrhundertinitiative der IAO in meinem Bericht an die Internationale Arbeitskonferenz 2013 vorstellte, tat ich dies mit folgender Begründung: „Das erhebliche Potenzial für die Schaffung von menschenwürdiger Arbeit in Verbindung mit dem Übergang zu einer kohlenstoffarmen, nachhaltigen Entwicklung fördern und die damit verbundenen zwangsläufigen Verlagerungen auf ein Mindestmaß zu beschränken und zu bewältigen.“

51. In dem Bericht wurde anerkannt, dass die erforderliche Umwandlung des globalen Produktionssystems „in ihrem Ausmaß und in ihrer Komplexität beispiellos“ sei, dass grüne Fragen „in den kommenden Jahren in alle Tätigkeitsbereiche der IAO einfließen“ müssten und dass „der Mehrwert der IAO in der Dreigliedrigkeit“ liege. „Die Welt der Arbeit wird ihren vollen Beitrag nur auf der Grundlage eines soliden technischen Verständnisses der Fragen und innerhalb eines unterstützenden nationalen und internationalen Politikrahmens leisten können.“

52. Der für den Auftakt der Initiative gewählte Zeitpunkt im Jahr 2013, auf derselben Tagung, auf der die Konferenz eine Entschliebung und Schlussfolgerungen über menschenwürdige Arbeit, grüne Arbeitsplätze und nachhaltige Entwicklung annahm, ist bezeichnend. Damit bewiesen die dreigliedrigen Mitgliedsgruppen der IAO bereits zwei Jahre vor der Verabschiedung der Agenda 2030 und des Übereinkommens von Paris die Einhaltung ihrer Zusage, sich beim gerechten Übergang an der Agenda für menschenwürdige Arbeit zu orientieren. Seitdem hat die IAO auch gezeigt, dass sie bereit ist, bei der gemeinsamen Bekämpfung des Klimawandels ihrer Verantwortung als Teamplayer im multilateralen System gerecht zu werden, und dass sie ihre Rolle verstanden hat, Trends nicht nur zu folgen, sondern sie selbst zu setzen.

53. Nach der Billigung der Grünen Jahrhundertinitiative durch den Verwaltungsrat wurde ein entscheidender Schritt nach vorn mit der Annahme der *Leitlinien für einen gerechten Übergang zu einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft für alle* im November 2015 getan. Darin sind sowohl die Grundsätze, auf denen ein gerechter Übergang beruhen muss, als auch die Hauptpolitikbereiche und erforderlichen institutionellen Vorkehrungen festgehalten.

54. Diese Grundsätze tragen folgenden Erfordernissen Rechnung: Konsensbildung durch sozialen Dialog, Achtung der grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit, eine ausgeprägte Geschlechterdimension, eine kohärente Politik zur Schaffung eines förderlichen Umfelds für Unternehmen, Arbeitnehmer, Investoren und Verbraucher sowie eines Rahmens für einen gerechten Übergang, länderspezifische Gestaltungsmöglichkeiten statt eines pauschalen Ansatzes und Förderung der internationalen Zusammenarbeit. Ausgehend davon werden in den Leitlinien grundsatzpolitische Interventionen und entsprechende

Orientierungshilfe in neun Schlüsselbereichen herausgearbeitet: makroökonomische und wachstumspolitische Maßnahmen, industrie- und sektorpolitische Maßnahmen, unternehmenspolitische Maßnahmen, Qualifizierung, Arbeitsschutz, sozialer Schutz, aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, Rechte und sozialer Dialog und Dreigliedrigkeit.

55. Mit der Inhaltsbeschreibung soll unterstrichen werden, dass die angesprochenen Themen alle Aspekte der Agenda für menschenwürdige Arbeit berühren. Der Verwaltungsrat wird sich dieser Realität zunehmend bewusst und hat daher der gegenwärtigen Konferenztagung u.a. vorgeschlagen, den gerechten Übergang zu ökologischer Nachhaltigkeit als neuen, vierten übergreifenden grundsatzpolitischen Faktor in Programm und Haushalt für 2018-19 aufzunehmen, und zwar neben den etablierten Themen internationale Arbeitsnormen, sozialer Dialog, Geschlechtergleichstellung und Nichtdiskriminierung.

56. Gestützt auf diese solide Plattform, die für Engagement und Leistung steht, muss die IAO ihren weiteren Kurs abstecken, damit die Grüne Jahrhundertinitiative an Substanz und Dynamik gewinnen kann.

57. Eine zentrale Priorität besteht in diesem Zusammenhang weiter darin, tiefere Einblicke in Natur und Ausmaß der Folgen des Klimawandels für die Beschäftigung, ihre Querverbindungen und die politischen Gegenmaßnahmen zu gewinnen. Aus diesem Grund soll die für 2018 geplante Auflage der IAO-Publikation *World Employment and Social Outlook (WESO)* dem Thema „Ökologisierung durch Beschäftigung“ gewidmet sein. Sie ist Bestandteil von Forschungs- und Analysearbeiten, die sowohl aus sektor- als auch länderspezifischer Sicht durchgeführt werden. Sektorspezifisch wird der Schwerpunkt auf den Teilen der Arbeitswelt liegen, die entweder besonders anfällig für den Klimawandel sind oder ein erhebliches Potenzial für die Schaffung grüner Arbeitsplätze aufweisen. Auf der Länderebene sollen die Beschäftigungseffekte konkreter Klimaschutzmaßnahmen bewertet werden, um den Mitgliedstaaten eine fundierte analytische Grundlage für die Entwicklung von Politikoptionen entsprechend ihren nationalen Aktionsplänen zum Klimawandel, ihrer Beschäftigungspolitik und den Gegebenheiten auf dem innerstaatlichen Arbeitsmarkt zu bieten.

58. Natürlich müssen diese Aktivitäten den Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Übermittlung der im Übereinkommen von Paris vorgesehenen NCDs Rechnung tragen und sie direkt unterstützen.

59. In dieser Hinsicht bestand bei der Annahme des Übereinkommens unter den Vertragsparteien selbst die Besorgnis, dass die geschätzten aggregierten Treibhausgasemissionen, die sich aus den NDCs bis 2030 ergeben dürften, noch immer zu hoch ausfallen könnten, um das für die Begrenzung des Temperaturanstiegs und damit die Vermeidung bleibender Schäden erforderliche 2-Grad-Celsius-Ziel einzuhalten. Da die NDCs progressiv angelegt sind, haben die Vertragsparteien somit für 2018 einen „vermittelnden“ Dialog einberufen, um eine Bilanz ihrer gemeinsamen Anstrengungen zu ziehen und die bislang vereinbarten Zielsetzungen zu überprüfen. Demzufolge werden die Mitgliedstaaten der IAO ihre bereits eingegangenen Verpflichtungen erneut auf den Prüfstand stellen.

60. Offensichtlich sind ehrgeizigere Klimaziele gleichbedeutend mit einer verstärkten wirtschaftlichen Umstrukturierung, nachhaltigeren Veränderungen der Produktions- und Konsummustern sowie ausgeprägteren und weit reichenden Beschäftigungseffekten. Je höher die Ambitionen sind, desto dringender ist die Notwendigkeit, dass die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände umfassend, aktiv und sachkundig an der Formulierung und Ausführung von Programmen für einen gerechten Übergang mitwirken.

61. Erfreulicherweise gibt es positive Beispiele für eine Einbindung der dreigliedrigen Mitgliedsgruppen, auf denen aufgebaut werden kann. Brasilien etwa entwickelte seinen

geplanten NDC in Absprache mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden. Dadurch konnten vielfältige Auffassungen in eine gemeinsame, von allen getragene Position einfließen. Weitere Beispiele für Länder, die öffentliche Konsultationen mit dreigliedriger Beteiligung abgehalten haben, sind Chile, die Dominikanische Republik, Mexiko, Peru und Südafrika.

62. Die IAO kann zur Förderung des sozialen Dialogs im Rahmen von NDC-Prozessen beitragen, indem sie die Mitgliedsgruppen verstärkt auf Möglichkeiten zur Beteiligung aufmerksam macht und die Sozialpartnerorganisationen besser in die Lage versetzt, sich auf sinnvolle Weise darin einzubringen. In dieser Hinsicht wäre es auch erforderlich, einschlägige Mechanismen für die Berichterstattung entsprechend dem Übereinkommen von Paris festzulegen, damit die Länder für ihre Verpflichtungen hinsichtlich eines gerechten Übergangs genauso Rechenschaft ablegen können wie für alle anderen Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Prävention und Abschwächung des Klimawandels und der Anpassung daran.

63. Das überaus starke Engagement der wichtigsten internationalen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberpartner der IAO für die Förderung eines gerechten Übergangs im Vorfeld der UN-Klimakonferenz in Paris 2015 (COP21) sowie in ihrem Verlauf und im Anschluss daran zeigt, wie überaus groß die Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit mit ihnen und den ihnen angeschlossenen Organisationen bei der Ausweitung der Kapazitäten und der Beteiligung der dreigliedrigen Akteure sind.

64. Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) trat für ein ambitioniertes globales Abkommen ein, bestand jedoch gleichzeitig darauf, dass die Regierungen Mittel für die Finanzierung des Klimaschutzes bereitstellen und die am meisten Betroffenen unterstützen. Auf der COP22 im November 2016 in Marrakesch kündigten der IGB und seine Partner die Einrichtung eines Zentrums für den gerechten Übergang an. Es soll die Zusammenarbeit und den Dialog zugunsten der Ausarbeitung von Abkommen, von Investitionen und von Politikkonzepten für einen raschen und fairen Übergang zu einer Welt ohne Kohlenstoffe und ohne Armut erleichtern.

65. Ebenso hat die Internationale Arbeitgeber-Organisation (IOE) vier zentrale Prioritäten für Arbeitgeber auf globaler Ebene benannt: Stärkung der Widerstandsfähigkeit von Unternehmen und Gemeinschaften, effiziente Nutzung und nachhaltige Bewirtschaftung wichtiger Ressourcen, Schaffung funktionsfähiger Märkte und eines effektiven Ordnungsrahmens sowie Verbesserung der Verwaltungsführung und Förderung der Beteiligung des Privatsektors. In welchem Umfang private Unternehmen bereits die Marktchancen ergriffen haben, die der gerechte Übergang bietet, war auf der COP22 zu erkennen, als die Unternehmenskoalition *We Mean Business* bekanntgab, dass 471 Unternehmen mit einem Gesamtmarktwert von über 8 Billionen US-Dollar mehr als tausend ehrgeizige Verpflichtungen zu Klimaschutzmaßnahmen eingegangen seien. Aus demselben Anlass wurde der mit 500 Millionen US-Dollar ausgestattete *Marrakesh Investment Committee for Adaptation Fund* aufgelegt, das weltweit erste private Instrument für Investitionen in Anpassung und Widerstandsfähigkeit.

66. Sicher dürfte das Verhalten privater Unternehmen hinsichtlich des Klimawandels stark vom ordnungspolitischen Umfeld geprägt sein, in dem sie tätig sind. Die IAO analysiert und dokumentiert bereits, wie die Verknüpfung zwischen Reform des Geschäftsumfelds und grünem Wachstum erfolgreich gestärkt werden kann, insbesondere über den Geberausschuss für Unternehmensentwicklung. Zudem wurde damit begonnen, geeignete Indikatoren für Klimawandel und Umweltfaktoren in das Programm „Förderumfeld für nachhaltige Unternehmen“ (EESSE) aufzunehmen.

67. Während die Länder einzeln und gemeinsam daran arbeiten, die günstigsten Bedingungen für das weitere Voranschreiten des gerechten Übergangs zu schaffen, und die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sich zunehmend in diese Bemühungen einbringen, ist nach wie vor eine Frage zu klären, die von überaus großer Tragweite ist – und in den Augen einiger einen politischen Durchbruch bewirken kann. Eine der erwähnenswerteren Initiativen im Vorfeld der COP21 von Paris war ein offener Brief von sechs großen Ölproduzenten an die Regierungen und die Vereinten Nationen, indem sie ihre Entschlossenheit betonten, zur Emissionsbegrenzung beizutragen, aber auch feststellten: „Damit wir mehr tun, müssen uns die Regierungen in aller Welt klare, stabile, langfristig angelegte und ambitionierte Rahmenbedingungen bieten. Wir sind der Überzeugung, dass ein CO<sub>2</sub>-Preis ein zentrales Element dieses Rahmens sein sollte.“

68. Unabhängig von den konkreten Vorzügen einer CO<sub>2</sub>-Abgabe ist die allgemeine Botschaft klar: Eine berechenbare und angemessene Regulierung sowie sachkundiges Engagement der dreigliedrigen Mitgliedsgruppen sind wesentliche Voraussetzungen für das Gelingen des gerechten Übergangs.

69. Im außergewöhnlichen Prozess des Strukturwandels in den Produktionssystemen, dessen Notwendigkeit sich aus dem Kampf gegen den Klimawandel ergibt, müssen zudem zwei weitere Elemente berücksichtigt werden, die sich bei der Erleichterung sozial verträglicher und vorteilhafter Veränderungen in der Arbeitswelt bewährt haben: Qualifizierung und Sozialschutz.

70. Qualifikationslücken und -defizite sind bekannte Hemmnisse in Zeiten rascher Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, und dieses Risiko ist im Falle des gerechten Übergangs offenbar akut. Die politischen Entscheidungsträger müssen mit Nachdruck darangehen, neue Anforderungen zu ermitteln und daraufhin Maßnahmen zu treffen, um die Fähigkeiten und Qualifikationen für verschwindende Berufe zu steigern und längerfristig konkrete Pläne für die frühzeitige Erkennung neuer Berufe zu erarbeiten. Dazu gehört es auch, Qualifizierung und Erfahrungsaustausch durch Analysen verwandter Politikbereiche wie Arbeitsmigration und Anerkennung von Qualifikationen zu ergänzen und zu unterstützen. Die IAO trug dazu bei, indem sie Untersuchungen zu neu auftretenden Qualifikationsanforderungen in über 30 Ländern durchführte und ein Instrument entwickelte, das den Ländern bei der frühzeitigen Erkennung des Qualifikationsbedarfs für grüne Arbeitsplätze behilflich sein soll. Zudem hat sie Projekte mit folgenden Zielen durchgeführt: Entwicklung von Kompetenzstandards für grüne Arbeitsplätze, Ausbildung junger Menschen in grünen Berufen, Entwicklung von Politikkonzepten zur Vermittlung von Qualifikationen für den ökologischen Umbau der Wirtschaft und Ausarbeitung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen.

71. Dies ist ein Anfang, doch müssen die Bemühungen verstärkt werden. Mit einem umfassenden Programm „Qualifikationen für grüne Arbeitsplätze und einen gerechten Übergang“ könnte die IAO Unternehmen und Arbeitnehmern direkt die so notwendige Unterstützung gewähren und zudem Partnerschaften mit Initiativen wie der *Africa Renewable Energy Initiative* und der *International Solar Energy Alliance* eingehen, die sich ebenfalls der Vermittlung von Qualifikationen und der Unterstützung unternehmerischer Aktivitäten widmen. Die Zusammenarbeit mit Branchenverbänden bietet auch die Möglichkeit sektorspezifischer Ansätze. Das Internationale Ausbildungszentrum der IAO in Turin hat in diesem Jahr spezielle Programme für die Abfallwirtschaft und das Bauwesen auf den Weg gebracht und beabsichtigt, diese Programme 2018 auf den Bergbau und den Energiesektor auszuweiten.

72. Der Sozialschutz gilt allgemein als wichtiges Mittel, den Strukturwandel in der Welt der Arbeit abzufedern, da er Menschen den Arbeitsplatzwechsel ohne das Risiko von

sozialen Härten oder gar Mittellosigkeit ermöglicht. Dagegen trägt das Fehlen eines solchen Schutzes entscheidend zu Rigidität und Immobilität bei, und deshalb stellt die Tatsache, dass nur 20 Prozent der Weltbevölkerung angemessen und 50 Prozent überhaupt nicht geschützt sind, ein solches Hemmnis für den gerechten Übergang dar. Die tatsächlichen Verhältnisse können sogar noch problematischer sein, und zwar aufgrund der Konzentration von Arbeitnehmern ohne Sozialschutz sowohl in weniger klimaresistenten Sektoren – etwa Landwirtschaft, Fischerei, Forstwirtschaft und Tourismus – als auch in Branchen mit einer wichtigen Funktion beim Aufbau einer kohlenstoffarmen Wirtschaft – Abfallwirtschaft und -verwertung, Bauwesen und Kleinindustrie.

73. Die große Herausforderung – die im IAO-Flaggschiffprogramm „Schaffung sozialer Basisschutzniveaus für alle“ aufgegriffen wurde – besteht in der Ausweitung des sozialen Basisschutzes auf alle arbeitenden Menschen und ihre Familien. Erkenntnisse über die Synergien zwischen Sozialschutz und dem gerechten Übergang lassen sich jedoch auch aus konkreten Erfahrungen ableiten. Als Indonesien beschloss, das System der Kraftstoffsubventionen durch eine deutliche Anhebung der Diesel- und Kerosinpreise zu reformieren, was die Armen unverhältnismäßig stark belastete, wurden zugleich die allgemeinen Kraftstoffsubventionen durch gezielte Nahrungsmittelzuschüsse ersetzt. Darüber hinaus wurden auch eine Krankenversicherung und Unterstützungsleistungen für Familien mit Kindern eingeführt. Viele andere Länder verfolgen inzwischen ähnliche Ansätze. Seit 2010 haben mehr als 100 Länder in Betracht gezogen, die allgemeinen Nahrungsmittel- und Kraftstoffsubventionen zugunsten gezielter Hilfe für arme Haushalte zu streichen. Dazu gehören 31 Länder Afrika südlich der Sahara, 22 Länder mit hohem Einkommen, 12 in Ostasien und dem Pazifik, 11 in Lateinamerika, neun im Nahen Osten und Nordafrika sowie sechs in Südasien – ein Trend von wahrlich globalem Ausmaß.

74. In Anbetracht des zentralen Stellenwerts des gerechten Übergangs bei der Herbeiführung einer nachhaltigen Entwicklung und des anerkannten Erfordernisses, die 17 miteinander verknüpften SDGs, die die Agenda 2030 bilden, mit einem integrierten Ansatz zu verwirklichen, tritt die absolute Notwendigkeit einer kohärenten Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Organisationen des multilateralen Systems umso stärker zutage. Der Klimawandel kennt keine Grenzen und wird auch vor institutionellen Grenzen nicht haltmachen.

75. Aus all diesen Gründen strebt die IAO Partnerschaften an, mit denen sie eine größere Wirkung erzielen kann. Dies beginnt mit der aktiven Rolle der IAO beim Klimaschutzansatz des UN-Systems, mit dem das System seine kollektive Entschlossenheit konkretisiert, die Zusammenarbeit zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Agenda 2030 zu verbessern. Diesem Ansatz liegt ein Katalog gemeinsamer Grundprinzipien („Common Core Principles“) zugrunde, darunter „soziale Gerechtigkeit und Gleichheit und ein gerechter Übergang für alle“. Der Ansatz soll zunächst im Zeitraum 2017 bis 2020 umgesetzt und anschließend überprüft werden. In dieser Zeit müssen bei der Ausrichtung der Programmplanung der IAO und des breiteren Systems bedeutende Herausforderungen gemeistert werden, damit die Prioritäten der dreigliedrigen Mitgliedsgruppen der IAO, die sich in gut konzipierten Landesprogrammen für menschenwürdige Arbeit niederschlagen, im Kontext der Reform des UN-Entwicklungssystems uneingeschränkt berücksichtigt werden.

76. Zudem hat die IAO eine Vereinbarung mit dem Sekretariat des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) unterzeichnet. Ihr Ziel ist es, die Maßnahmen zugunsten des gerechten Übergangs und menschenwürdiger Arbeit parallel zur weiteren Umsetzung des Übereinkommens von Paris voranzutreiben. Vorgesehen sind u.a. gemeinsame Untersuchungen zur Bewertung der globalen und nationalen Auswirkungen des Klimawandels und des Übergangs auf die Beschäftigung in verschiedenen Sektoren, die als Grundlage für fundierte politische Entscheidungen dienen werden.

77. Darüber hinaus wurde die IAO als Beobachterorganisation beim UNFCCC zur Teilnahme an seiner Ad-hoc-Sachverständigengruppe eingeladen, die sich mit den Auswirkungen der Durchführung von Gegenmaßnahmen im Kontext des Übereinkommens von Paris befasst. Das Mandat der Gruppe umfasst Diversifizierung und Umgestaltung, den gerechten Übergang der Erwerbsbevölkerung und die Schaffung von menschenwürdiger Arbeit und guten Arbeitsplätzen. Zudem ist die IAO Mitglied der UNFCCC-Sonderarbeitsgruppe für Vertreibungen, die vom Internationalen Warschau-Mechanismus für klimabedingte Verluste und Schäden eingesetzt wurde, sowie des Beratungsausschusses der *Platform on Disaster Displacement*.

78. Die *Partnership for Action on Green Economy* (PAGE) ist eine gemeinsame Initiative der IAO, des UNEP, des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung und des Ausbildungs- und Forschungsinstituts der Vereinten Nationen. Über diesen Mechanismus werden die Maßnahmen der UN zugunsten einer grünen Wirtschaft koordiniert und die Mitgliedstaaten bei der Verwirklichung der SDGs und der Überwachung diesbezüglicher Fortschritte unterstützt. Ziel von PAGE ist es, Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik und -praxis zu stellen und diese durch eine Neudefinition stärker an der Wachstumsförderung, der Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen, der Minderung von Armut und Ungleichheit und der Festigung ihrer ökologischen Grundlagen auszurichten. Die bisherigen positiven Erfahrungen der Initiative, die derzeit in 13 Ländern aktiv ist, sind ein überzeugendes Argument für ihre künftige Ausweitung.

79. Auch für ihre eigenen Aktivitäten sieht die IAO die Verbreiterung der Wissensgrundlage zum gerechten Übergang als hohe Priorität an. Daher ist es für sie in jeder Hinsicht vorteilhaft, Partnerschaften mit den einschlägigen Institutionen und Netzwerken für Forschung und Politik einzugehen. Ein Beispiel dafür ist das *Green Jobs Assessment Institutions Network* (GAIN), ein Zusammenschluss von mehr als 20 derartigen Einrichtungen aus aller Welt.

80. Zwischenstaatliche Gruppierungen, die von der IAO unterstützt werden – etwa die G20, die BRICS-Staaten und die G7 – haben sich Fragen des gerechten Übergangs auf verschiedene Weise und aus unterschiedlichen Blickwinkeln genähert. Die IAO wird bereit sein, sich in diesen potenziell wichtigen Foren für die internationale Politikgestaltung entsprechend den Prioritäten der jeweiligen Regierungen einzubringen. Diese Bemühungen können sinnvollerweise durch eine systematischere Zusammenarbeit mit den zu einschlägigen Themen arbeitenden regionalen Gremien und Institutionen ergänzt werden.

81. Aus eigener Überzeugung heraus und aus Gründen der Glaubwürdigkeit muss die IAO selbst ambitionierte Ziele in Bezug auf ihre Umweltleistung verfolgen. Das bedeutet, Klimaneutralität bis zum hundertjährigen Jubiläum der Organisation im Jahr 2019 zu erreichen, ein Jahr vor den UN, die dieses Ziel entsprechend dem Aufruf ihres Generalsekretärs bis 2020 anstreben. Dazu veröffentlichte die IAO Anfang 2016 ein Politikkonzept für ökologische Nachhaltigkeit und führte gleichzeitig ein Umweltmanagementsystem ein. Es sind bereits erhebliche Fortschritte zu verzeichnen, insbesondere bei der Renovierung des Genfer Amtssitzes, aber auch durch Effizienzgewinne bei Papierverbrauch und Abfallentsorgung sowie den Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechnologien. Die IAO misst und veröffentlicht weiter ihre Treibhausgasemissionen und gleicht sie durch den Kauf von Emissionszertifikaten des UNFCCC aus. Diese Option ist für die Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes der IAO am kosteneffektivsten und wird auch von anderen UN-Organisationen genutzt. Sie sollte jedoch nicht von der allgemeinen Verpflichtung ablenken, die Emissionen auf null zu bringen.

## Kapitel 4

---

### Der künftige Kurs

82. Die Aktivitäten der IAO wie der internationalen Gemeinschaft insgesamt, insbesondere seit 2013, haben beispiellose Fortschritte bei der Bestimmung des Kurses in Richtung auf ökologische Nachhaltigkeit und der diesbezüglichen Rolle der Welt der Arbeit ermöglicht. Das Übereinkommen von Paris und die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung haben das gewünschte Ziel vorgegeben, und der gerechte Übergang wurde als wichtiger Bezugspunkt für das weitere Vorgehen festgelegt.

83. Im Wesentlichen konnte die IAO dank der maßgeblichen Positionierung ihrer dreigliedrigen Mitgliedsgruppen die Unsicherheiten und Hemmnisse der Vergangenheit hinter sich lassen und eine Führungsrolle übernehmen. Sollte die aktuelle Konferenztagung beschließen, dass die IAO den gerechten Übergang zu ökologischer Nachhaltigkeit ab dem kommenden Jahr zu einem übergreifenden Thema in allen ihren Tätigkeitsbereichen macht, wäre dies ein Zeugnis der Wegstrecke, die zurückgelegt wurde, seit vor vier Jahren die Idee der Grünen Jahrhundertinitiative aufkam. Nun gilt es jedoch, die Geschwindigkeit und Ausrichtung des weiteren Vorgehens zu bestimmen. Dabei wird die Plenaraussprache der Konferenz über diesen Bericht zweifellos wichtige Orientierungshilfe liefern und umso wertvoller sein, als die IAO sich auf Tätigkeitsbereiche zubewegt, in denen sie relatives Neuland betritt und sich intensiv um die Ermittlung ihrer nützlichsten und produktivsten Arbeitsmethoden und -schwerpunkte bemühen muss.

84. So besteht zum gegenwärtigen Zeitpunkt in der Organisation kein klarer Konsens über die Zweckmäßigkeit von Normen zum gerechten Übergang. Diese Diskussion muss bei anderer Gelegenheit geführt werden. Während die IAO jedoch auf ihr hundertjähriges Jubiläum zusteuert, müssen die Verknüpfungen zwischen der Grünen Jahrhundertinitiative und den anderen Jahrhundertinitiativen, vor allem zur Zukunft der Arbeit, weiter im Vordergrund stehen. Ganz sicher muss die Ökologisierung der Arbeit eine wesentliche Komponente der Zukunft der Arbeit bilden, die wir uns vorstellen. Ebenso offensichtlich ist allerdings, dass auch alle anderen Faktoren, die die Welt der Arbeit verändern, den Ökologisierungsprozess beeinflussen werden, der im Wege des gerechten Übergangs vorangebracht werden muss.

85. Naheliegend ist zudem ein Vergleich der Situation der IAO in Bezug auf ökologische Nachhaltigkeit mit der eines Start-up-Unternehmens. Eine der wesentlichen Herausforderungen besteht darin, die einschlägigen Aktivitäten auszuweiten, um eine spürbare Wirkung zu erzielen. Dafür kommen u.a. ein Mainstreaming-Ansatz, aber auch Partnerschaften infrage. Die IAO muss jedoch auch mehr und neue Finanzierungsquellen erschließen, wenn sie ihr Potenzial ausschöpfen und die von ihren Mitgliedsgruppen aufgestellten ehrgeizigen Ziele erreichen soll. Gelingen kann dies nur, wenn der gerechte Übergang in enger Zusammenarbeit mit den nationalen dreigliedrigen Mitgliedsgruppen in nationale Entwicklungs- und Klimastrategien integriert wird und wenn dies im Zusammenspiel mit einem kollektiven und kohärenten Vorgehen im gesamten multilateralen System und der Mobilisierung finanzieller Unterstützung erfolgt, etwa über den Grünen Klimafonds, und zwar für Zwecke, die immer mehr als Voraussetzung für die Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft anerkannt werden.



ISBN 978-92-2-730551-8



9 789227 305518